

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

11.6.1931 (No. 133)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Bismarckstr.  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 5015

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Kneub,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Arbeitsmangel, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird telephonische Bestätigung zu irgendwelcher Zeitigung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Der angebliche Rücktritt des badischen Gesandten Eine amtliche Richtigstellung

Zu den Pressemitteilungen über einen angeblichen Rücktritt des Gesandten Honold wird amtlich folgendes erklärt:

1. Ein Abschiedsgesuch des Gesandten oder ein Antrag auf Entlassung aus dem Staatsdienst ist beim Staatsministerium nicht eingereicht worden.
  2. Differenzen zwischen dem Staatsministerium und dem Gesandten Honold bestehen nicht; ebenso ist auch von einem Gegensatz zwischen dem „Außenleiter“ Honold und den Beamten des Staatsministeriums nichts bekannt.
- Die Pressenachrichten zerfallen daher in nichts.

#### Amerika und die Kriegsschulden- und Abrüstungsfrage

W.D. London, 11. Juni. (Tel.) Der „Times“-Korrespondent in Washington berichtet: Meldungen, daß sich die amerikanische Regierung in der Frage der Kriegsschulden und der Abrüstung bereits auf eine bestimmte Politik festgelegt habe, werden von inoffiziellen, aber maßgebenden Kreisen als unrichtig bezeichnet.

Die amerikanische Regierung ist gegenwärtig nicht für eine Wiederaufrollung der Schuldenfrage. Inzwischen wird zugegeben, daß Umstände eintreten könnten, welche die europäischen Schuldner Amerikas zwingen könnten, die Schuldenfrage wieder aufs Tapet zu bringen, Umstände, die vielleicht geeignet wären, die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß eine ernsthafte Prüfung der Frage im wirtschaftlichen Interesse der ganzen Welt, mit Einschluß der Vereinigten Staaten, liege. Darin wähe man eine Möglichkeit, einen Zusammenhang zwischen Schulden und Abrüstung zu konstruieren. Eine solche Verbindung würde der amerikanischen Regierung eine Verteidigungsstellung gegenüber dem Druck Europas und legen Endes auch gegenüber den amerikanischen Feinden einer Schuldenverminderung geben.

Der frühere Präsident Coolidge erklärt im „New York Herald“, er begreife nicht, wie man die amerikanische Nation gerade in dem Augenblick auffordern könne, auf die ihr zustehenden Zahlungen zu verzichten, wo es sich so deutlich zeige, daß eine Budgetentlastung bei den anderen Nationen nur durch Senkung der Rüstungskosten herbeigeführt werden könne.

#### Um die Volksschulen in Elßaß-Lothringen Laien- oder Konfessionsschulen

W.D. Straßburg, 11. Juni. (Priv.-Tel.) Der Kampf um die Gestaltung der Volksschulen in Elßaß-Lothringen, der zwischen den Anhängern der französischen Laienschulen und jenen der herkömmlichen Konfessionsschulen in den letzten zwölf Jahren niemals aufgehört hat, hat durch die Feier des 60. Jubiläums der französischen Laieschule einen neuen Antriebs bekommen. Die Anhänger der Laieschule haben eine Feier veranstaltet, an der sich neben der Sozialistischen und der Radikalsozialistischen Partei die Liga der Menschenrechte, die Unterrichtsliga und das Nationallehrerinnendebat beteiligte. Besonders bemerkenswert wurde, daß der Straßburger Universitätsrektor Pfister und der bisherige Leiter des oberelßassischen Volksschulwesens Bourgois, an der Veranstaltung teilnahmen, die in dem Dorfe Wehlenheim stattfand.

Die der Laieschule günstige Presse faßt den Gesamtindruck der Tagung dahin zusammen, daß lebendige, von Siegesicherheit durchdrungene Kraft im ganzen Lande in zielbewußter Ministerarbeit gegen die Konfessionsschule am Werke sei. In der katholischen Presse, mit Ausnahme der nationalsozialistischen „Elßässer Wote“, hat ein scharfer Presselzug für die überlieferten Konfessionsschulen eingesetzt. Der „Elßässer Kurier“ greift besonders die beiden bei der Wehlenheimer Tagung anwesenden amtlichen Schulmänner an und schreibt: „Hätten wir einen Landtag, dann hätte unser Volk auch die Möglichkeit, diese Ministerarbeit energisch zum Stillstand zu bringen. So steht unser christliches Volk seit Jahren und sieht mit Antrim, wie von unserem Geld bezahlte Beamte eine christliche Schule unterminieren und die offizielle Versicherung, daß an unseren Rechten, Freiheit und Tradition nicht gerüttelt werde, Lügen strafen. Die Stimmung wird noch dadurch weiter verschärft, daß gerade jetzt der Staatsrat als Oberstes Verwaltungsgericht einen Beschluß des Generalrats des Unterelßaß aufgehoben hat, durch den der freien katholischen Schule von Geaenstaben eine Unterstützung von 100 000 Franken gewährt werden sollte.“

Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Curtius trafen Mittwoch nachmittag wieder in Berlin ein.

Reichsverkehrsminister von Guérard bereist gegenwärtig Schlefien, um sich über verschiedene Pläne zum Ausbau der Ober zu unterrichten.

### Letzte Nachrichten

#### Der Kanzler berichtet dem Kabinett Was wird mit der Notverordnung?

W.D. Berlin, 11. Juni. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett hält heute vormittag die angekündigte Ministerbesprechung ab, in der über die Londoner Reise und die Unterhaltungen von Chequers berichtet wird. Das Reichskabinett wird nun überlegen, in welcher Form die Reparationsfrage in Zukunft gebracht werden soll. Wenn auch sichere Mitteilungen im Augenblick noch nicht zu erlangen sind, so glaubt man doch in politischen Kreisen, die gut unterrichtet zu sein pflegen, daß ein entscheidender Schritt zur Revision der Reparationsverpflichtungen kaum zu erwarten ist, bevor Staatssekretär Stimson in Europa eingetroffen und Gelegenheit gegeben ist, die Lage mit ihm zu besprechen.

Natürlich beschäftigt man sich in politischen Kreisen weiter lebhaft mit der Notverordnung. Vor allem wird weiter die Frage ventilert, ob der Reichskanzler zu Änderungen bereit sein würde. Bekanntlich haben die Sozialdemokraten die Absicht, ihm diese Frage bei den Parteiführerbesprechungen vorzulegen, die übrigens vielleicht noch heute nachmittag stattfinden, ohne daß aber schon ein Termin festgesetzt wäre. Auch auf dem rechten Flügel der Koalition hat man den Wunsch, gewisse Punkte geändert zu sehen. Es wird behauptet, daß Dr. Brüning sich unter dem Eindruck der zugefügten innerpolitischen Lage mit solchen Änderungen einverstanden erklären würde, die den Sinn und den finanziellen Ertrag der Notverordnung nicht beeinträchtigen. Das sind aber, wenigstens nach einer Auskunft von unterrichteter Seite, vorläufig nur Vermutungen.

Wie sich Kanzler und Kabinett zu den Abänderungswünschen einstellen werden, läßt sich natürlich mit Sicherheit erst sagen, wenn der Kanzler mit den Parteiführern gesprochen hat und das Kabinett sich schlußig geworden ist. Eine Einberufung des Reichstags hält man in unterrichteten Kreisen auch weiter für durchaus unwahrscheinlich.

#### Der Prozeß gegen Selbie und Dästerberg

W.D. Berlin, 11. Juni. (Priv.-Tel.) Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte findet heute der Prozeß gegen die beiden Bundesführer des Stahlhelm, Selbie und Dästerberg, sowie gegen den Hauptgeschäftsführer Kleinau wegen Vergehens gegen das Republikverbotgesetz statt. Die Anklage stützt sich auf den Inhalt eines Aufrufes, der von den Genannten im Anschluß an die Einbringung des Stahlhelm-Vollzugsbefehrs erlassen wurde und in dem von dem „undeutschen Zwischenreich des bismarckfeindlichen Marxismus“ die Rede war. Die Verteidigung hatte den Wahrheitsbeweis für die in dem Aufruf enthaltene Behauptung angeboten und dafür die Ladung einer großen Anzahl prominenter Zeugen beantragt. Das Gericht hat jedoch die Ladung von Zeugen abgelehnt, so daß nunmehr lediglich die Erklärungen der beiden Bundesführer ausschlaggebend im Vordergrund des politischen Interesses stehen dürften.

Oberstaatsanwalt Kessler beantragte gegen Selbie und Dästerberg wegen Verächtlichmachung der Republik nach § 5 Ziffer 1 des Republikverbotgesetzes an Stelle einer an sich verwirkten Strafe von 2 Monaten Gefängnis je 800 Reichsmark Geldstrafe, gegen Kleinau an Stelle von 1 Monat Gefängnis auf 400 RM. Geldstrafe.

#### Wegen Veröffentlichung der Curtius-Rede verurteilt

W.D. Posen, 11. Juni. (Tel.) In einem Prozeß gegen das „Posener Tageblatt“, wobei vier Artikel zur Anklage standen, befand sich auch u. a. eine Klage wegen Veröffentlichung der Rede von Dr. Curtius anlässlich der Januaragung im Völkerverbund über die Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen. Damals durfte das „Posener Tageblatt“ diese Rede nicht veröffentlichen, und es erfolgte eine Beschlagnahme, obwohl alle anderen deutschen und polnischen Blätter in Polen diese Rede ungehindert veröffentlicht haben. In der Gerichtsverhandlung erklärte der Staatsanwalt, daß die Rede von Curtius eine Verächtlichmachung des polnischen Staates sei, und daß das „Posener Tageblatt“ nur zu diesem Zweck die Rede veröffentlicht habe. Eine strenge Bestrafung sei angebracht. Das Gericht schloß sich dem Antrage an und verurteilte den verantwortlichen Redakteur zu einer Strafe von einem Monat Gefängnis.

Stellung der „Cap Polonia“. In Auswirkung der augenblicklich schlechten Wirtschaftslage wird der Passagierdampfer „Cap Polonia“ der Hamburg-Süd aus dem Verkehr gezogen und im Hamburger Hafen aufgelegt. Das Dreischraubenschiff hat eine Größe von 20 000 Tonnen und gehört zu den bekanntesten Passagierdampfern auf der Strecke Hamburg-Buenos-Aires.

Beschlagnahme des Stuttgarter „N.-S. Kurier“. Die Mittwochnummer des Stuttgarter nationalsozialistischen Tageszeitung „N.-S. Kurier“ ist auf Grund der Notverordnung beschlagnahmt worden. — Ferner ist „Der Kampf“, das nationalsozialistische Organ für Halle-Merseburg, auf die Dauer von acht Wochen verboten worden.

### \* Wolken am Horizont

Reichskanzler Dr. Brüning hat nach seiner Rückkehr aus England eine recht umdüsterte Lage vorgefunden, und zwar in außenpolitischer wie in innerpolitischer Hinsicht. Was zunächst die Außenpolitik betrifft, so hat sich der britische Ministerpräsident gestern im Parlament betont vorsichtig über das Schuldenproblem geäußert, und Downing Street hat sich bereit, die französische Regierung über die Besprechungen von Chequers zu unterrichten, um ja nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als ob England ohne oder gegen Frankreich etwas zu unternehmen gedenke.

Viel schlimmer aber als diese diplomatisch zu beurteilende Zurückhaltung der britischen Regierung ist die Rede, die Briand gehalten hat. Briand will von einer jeden Revision des Youngplans nichts wissen. Das ist für ihn der Grundakord der ganzen französischen Politik.

Wie die Ausführungen Briands auf die öffentliche Meinung in England gewirkt haben, zeigt am besten ein Leitartikel des dem Kabinett Macdonald nahestehender „Daily Herald“. In diesem Artikel heißt es:

„Die Worte Briands klingen wie Worte Poincarés, obwohl sie von Briand kommen. Deutschlands Schwierigkeiten werden mit keinem Worte erwähnt. Die großen wirtschaftlichen Veränderungen, die seit der Abfassung des Youngplans eingetreten sind, werden mit keinem Wort anerkannt, und kein Wort der Anteilnahme oder des internationalen Verständnisses wird geäußert. Es gibt keine Argumente, keine Aufgabe, sondern nur eine kurze schroffe Bekanntheit des französischen Vetos. Gegen jede Revision oder auch nur Erwägung einer Revision wird die Tür zugeschlagen. Solche Methoden und Manieren bedeuten den Tod aller Ideale, deren Verkünder Briand ist. Eine Einigung oder Befriedung Europas ist unmöglich, solange eine Großmacht in diesem Tone spricht und ihre eigenen Urteile als das Gesetz Europas hinstellt. Eine Revision des Youngplans oder irgendeiner anderen internationalen Vereinbarung ist Gegenstand für eine Untersuchung, für Erwägung, für freundschaftliche Aussprache. Wer das leugnet und von einer unabänderlichen „Endgültigkeit“ spricht, der redet nicht nur Unfug, sondern verleugnet die Bestimmungen der Völkerverbundfassung, der Briand so oft Treue gelobt hat. Wenn Briands Ziel gewesen wäre, mit einem Schlage alles Gute, was er jemals getan hat, zu vernichten, so hätte er nicht anders sprechen können. Er hat Frankreich, Deutschland, Europa und der ganzen Welt einen außerordentlich schlechten Dienst erwiesen.“

Schärfer und zutreffender als es hier geschieht, können auch wir die Ausführungen Briands nicht charakterisieren. Man wird nun abzuwarten haben, zu welchen Maßnahmen Frankreich gegenüber sich die britische Regierung entschließt. In der nächsten Zeit wird der britische Staatssekretär des Äußeren, Henderson, der ja auch an den Besprechungen in Chequers teilnahm, nach Paris reisen zum Besuch der großen französischen Kolonialausstellung. Dort wird er sich dann mit Briand über die Probleme des Tages unterhalten. Wenn die britische Regierung entschlossen wäre, in der energischen Tonart des „Daily Herald“ mit den französischen Staatsmännern zu reden, könnte man sich von diesem Besuch Hendersons einiges versprechen. Durch trübe Erfahrungen gewöhnt, befürchten wir aber eher, daß Henderson sich schließlich doch von den französischen Argumenten beeinflussen lassen wird.

Wenn dem so wäre, würde das die deutsche Reichsregierung natürlich nicht von jenen Maßnahmen abhalten, die nun einmal im Hinblick auf unsere katastrophale Wirtschaft- und Finanzlage unternommen werden müssen. Aber die Situation ist doch durch das schroffe Veto Briands außerordentlich schwierig geworden. Und man kann sich kaum vorstellen, wie ohne englischen, italienischen und amerikanischen Druck Frankreich zu einer vernünftigeren Auffassung gebracht werden soll. Deshalb ist gewiß der Besuch in Chequers nicht unnötig gewesen. Denn er hat, wie wir schon neulich betonten, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Tatsache gelenkt, daß Deutschland am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist.

Innerpolitisch hat sich die Lage insofern verschlechtert, als der Widerstand gegen die Notverordnung stärker geworden ist. Der Altessenrat des Reichstages hat gestern allerdings mit Mehrheit einen Antrag auf Einberufung des Parlamentes abgelehnt, aber nur deshalb, weil man vorher dem Reichskanzler Gelegenheit geben will, sich mit den Fraktionen zu besprechen. Am kommenden Dienstag

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 47. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags



wird der Ältestenrat wieder zusammentreten und dann von neuem Stellung nehmen.

Eigentlich ist ja keine Partei mit der Notverordnung einverstanden. Die Frage ist nur die, ob man von dieser Kritik zur Forderung der Einberufung des Reichstages übergehen will. Anzunehmen ist ja, daß dieselbe Mehrheit, welche die Einberufung des Reichstages verlangt, auch die Zurückziehung der Notverordnung verlangen würde. Und das wäre dann gleichbedeutend mit der Kabinettskrise. Die Neigung, eine solche Krise herbeizurufen, ist durch die unglaubliche Rede Briands bei einzelnen Parteien sicherlich verstärkt worden. Diese Parteien sind der Ansicht, daß es gar keinen Zweck habe, außenpolitische Rücksichten zu nehmen, wenn Frankreich ja doch zu allem nein sagt.

Die Wirtschaftspartei hat sich auf einen Beschluß festgelegt, in welchem die sofortige Einberufung des Reichstages und die sofortige Aufhebung der Notverordnung verlangt wird. Es kommt jetzt darauf an, wie sich die Deutsche Volkspartei und die Landvolkpartei entscheiden. Würden auch diese beiden Fraktionen die Einberufung des Reichstages fordern, dann wäre im Ältestenrat eine Mehrheit vorhanden. Wie gemeldet wird, soll die Strömung, welche für Einberufung des Reichstages ist, innerhalb des Landvolkes und der Deutschen Volkspartei im Wachsen begriffen sein.

### Um die Reichstags-Einberufung

#### Entscheidung im Ältestenrat verlagert

Der Ältestenrat des Reichstages hat sich am Mittwochmittag mit einem Antrag der Nationalsozialisten, der Deutschen Nationalen und der Kommunisten zu beschäftigen, wonach das Reichstagsplenum schon für nächsten Dienstag einberufen werden sollte. Für diesen Antrag stimmte auch der Vertreter der Wirtschaftspartei, während sich der Vertreter des Landvolkes der Stimme enthielt. Mit den Stimmen der übrigen Parteien wurde der Antrag abgelehnt. Auf Wunsch mehrerer Parteien wurde darauf mit Rücksicht auf die bevorstehenden Fraktionsstimmungen beschlossen, noch keine Entscheidung über eine vorzeitige Einberufung des Reichstages zu fällen, sondern am Dienstagvormittag eine neue Ältestenratsitzung abzuhalten.

In dieser Woche wird der Reichstagskanzler nur noch wenige ihm nahestehende Parteiführer über die Verhandlungen von Chequers und über die weiteren Absichten der Regierung unterrichten können. Die eigentlichen Verhandlungen der Regierung mit den Parteiführern werden erst Anfang nächster Woche beginnen können.

### Der Oldenburgische Landtag eröffnet

#### Ein Nationalsozialist Präsident

Der neue Oldenburgische Landtag trat am Mittwoch zu seiner ersten Sitzung nach der Wahl zusammen. Zum Präsidenten wurde mit 34 Stimmen der Nationalsozialist Eißler gewählt. Vorher hatte auf Ersuchen des Zentrums der neue Präsident eine Erklärung abgegeben, daß er grundsätzlich bereit sei, Verfassung und Geschäftsordnung zu achten und unparteiisch die Geschäftsordnung zu handhaben. Die Wahl des ersten Vizepräsidenten kam trotz dreimaligen Wahlganges nicht zustande, weil der sozialdemokratische Kandidat immer unter 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt. Die Wahl wird heute, Donnerstag, wiederholt. Der zweite Vizepräsidentenitzel mit 44 von 48 Stimmen an das Zentrum als der drittstärksten Partei.

Ministerpräsident Cassebohm gab darauf eine kurze Erklärung der Staatsregierung ab. Darin wird mitgeteilt, daß das Kabinett von einem Rücktritt abgesehen habe. Es wolle abwarten, ob der Landtag anderweitige Beschlüsse fassen wolle. Die Nationalsozialisten ließen daraufhin erklären, daß sie vorläufig die jetzige Beamtenregierung dulden wollten. Unter den Anträgen, die dann zur Verlesung kamen, befand sich ein Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen, durch den die Regierung beauftragt wird, bei der Reichsregierung für die Aufhebung der jetzigen Notverordnung hinzuwirken. Die Dringlichkeit wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und Volkspartei anerkannt.

### 50 süd- und westdeutsche Siedlungsdörfer im Osten

Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation veröffentlichte die Ergebnisse einer Erhebung über den Verlauf der Umsiedlung seit ihrem Beginn im Jahre 1927. Demnach hat die West-Ost-Siedlung, die Umsiedlung süd-, west- und mittel-deutscher Bauern im östlichen Siedlungsgebiet erhebliche Fortschritte gemacht.

Im Jahre 1927 haben sich 153, 1928 263, 1929 355, 1930 852 Familien im Osten angelauft. Insgesamt sind also in den letzten vier Jahren 1623 Bauernfamilien aus dem Süden und Westen des Reichs nach dem Osten übergesiedelt, was ungefähr einer Zahl von 5000 bis 6000 Personen, oder 50 Siedlungsdörfern entspricht. Im letzten Jahre besetzten die aus West- und Süddeutschland stammenden Siedler bereits beinahe 1/4 aller bäuerlichen Siedlerstellen. Die vier süddeutschen Länder stellten insgesamt 194 Siedler. Durch die Tätigkeit der Siedlerberatungsstellen für Württemberg, Baden und Hohenzollern ist es die Siedlerberatungsstelle in Stuttgart, Ludwigsstraße 96) sind seit letzten Herbst die Umsiedlungsgruppen für dieses Jahr zusammengestellt und vorbereitet worden. Die Führungen und Besichtigungsreisen nach dem Osten sind in vollem Gange. Es steht zu erwarten, daß bei ausreichenden und passenden Siedlungsmöglichkeiten die Umsiedlung auch in diesem Jahr qualitativ und quantitativ weitere erhebliche Fortschritte macht.

### Beihilfen für Aufforstungen von Odland

Nach einer Mitteilung des Bad. Waldbesitzerverbandes hat der Forstauschuss der Landwirtschaftskammer und der Staat auch für das Wirtschaftsjahr 1931/32 Mittel zur Verfügung gestellt, die in erster Linie bäuerlichen Waldbesitzern zuzumessen sind, wobei aber bedürftige Gemeinden und andere Waldbesitzer nicht ausgeschlossen sind. Die Beihilfen werden gewährt zu Neuaufforstungen von Odland und geringwertigen Weiden, Neuz- und Bergfeld, für Umwandlung von Schäl- und Buchwald im Hochwald und für gute sachgemäße Durchforstungen auf einer Fläche von mindestens 1 Hektar. Prämien werden ferner für gute Pflege und Reinigung von Kulturen gewährt.

## Aus dem Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamts

II.

Wenn im ersten Artikel das Erscheinen des Jahresberichts des Gewerbeaufsichtsamts für 1930 mitgeteilt wurde und im Anschluß daran die Anzeigen vieler Betriebe über Stilllegung Erwähnung fanden, sowie die 40-Stundenwoche einer Betrachtung unterzogen war, ebenso die Zahl der Streiks und der Tarifabschlüsse, dann muß weiter noch das überaus reichhaltige Material des Berichts auf allen Gebieten gewerblicher, industrieller und handelsmäßiger Betätigung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht werden. Erst dadurch erhält man Aufschluß über die vielfachen Verzweigungen und Verästelungen unseres Wirtschaftslebens, von welchem gerade in der Gegenwart außerordentlich viel abhängt.

### Der Preisabbau

Es wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß der staatlich befristete Preisabbau nicht immer den gewünschten Erfolg zeigte. Viele Betriebe hätten festgestellt, daß die Verbraucher in der Erwartung auf den sich vielleicht noch weiter fortsetzenden Preisabbau mit Bestellungen zurückhielten, so daß ohne weiteres zeitweilige Störungen in der Fabrikation eintraten. Das hat natürlich wiederum Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Die weitere Folge war dann, daß während der angebrochenen geschäftstillen Zeit die Arbeiter zwar entlassen, mit Beginn der Saison aber wieder eingestellt wurden. Jetzt gestaltet sich die Situation so, daß die Aufträge in kürzester Frist und mit Hochdruck hergestellt wurden. Es ist deshalb gar nicht verwunderlich, wenn das Gewerbeaufsichtsamts verlangt, daß wenigstens bei Staats- und anderen öffentlichen Aufträgen eine ausreichende Frist zur Ausführung der Bestellungen gewährt wird. — So hat sich der Preisabbau nicht immer zum Vorteil des Produktionsprozesses ausgewirkt.

Der Bericht weist in diesem Zusammenhang auf die Lieferungen nach Rußland hin, und erwähnt ein Beispiel, bei welchem Wiedereinfuhr aus dem Schwarzwald über die russische Außenhandelsstelle in Berlin und von da in das Innere Rußlands verfrachtet wurden, eine Wiederverkauf nach deutschem Gelde auf 36 RM. kam. Mit Recht bemerkt der Bericht: „Unter solchen Umständen war ein regelmäßiger Abfluß in Rußland nicht mehr möglich.“

### Arbeiterverminderung durch fortschreitende Technik

Im Zusammenhang mit dem Preisabbau macht der Bericht aufmerksam auf die Folgen der Rationalisierungsmaßnahmen in der Tabakindustrie. Er erwähnt die Deckblatt-Austrittsmaschine; vor zwei Jahren war in einem besitzigen Betrieb eine solche Maschine im Gang. Jetzt sind es bereits drei Maschinen. Diese drei Maschinen sind nun in der Lage, sämtlichen Tabak, der als Deckblatt für 150 Arbeiter gebraucht wird, zu entrippen. Früher waren hierzu 12 Arbeiter notwendig, jetzt noch 4. Mithin sind 8 Arbeiter überflüssig geworden.

Auch die Herstellung von Zigarren auf dem maschinellen Wege erfolgt in einem stärkeren Maße. Früher herrschte in der Zigarrenindustrie die reine Handarbeit vor. Jetzt kann eine solche Maschine an einem Tage 600—800 Doppelstunden herstellen; eine ganze Anzahl von Tabakarbeitern werden dadurch natürlich entlassen. Auf der anderen Seite — so sagt der Bericht — ist es bei der immer stärker werdenden Belastung der Tabakarbeiter durch Steuern und sonstige Abgaben natürlich das Bestreben der Unternehmer, die Zigarren auf möglichst billigem Wege herzustellen. Es kommt dazu, daß die Tabakaustrittsmaschine besseres Material als die Handarbeit liefert, besonders bei Tabakblättern mit Röhren und Rippen. Dabei betragen die Kosten des gerippten Maschinenabfalls für 1000 Zigarren ungefähr die Hälfte des von der Hand gerippten.

In anderen Gewerben und Unternehmungen steht es ähnlich. Der Bericht weist hin auf die Suchungsmaschinen der Banken, welche in der Neuzeit zum Eintrag der Veränderungen der Konten zur Anwendung kommen. Die Bedienung bedeuete durch das Maschinengeräusch usw. eine starke geistige und körperliche Belastung, erspare aber eine entsprechende Anzahl von Bankbeamten. Der Fortschritt der Rationalisierung muß also mit vielen Nachteilen für die Betroffenen erkauft werden.

### Gastwirtschaften und Bäckereien

Auf den Antrag des Gewerbeaufsichtsamts wurden im Jahr 1930 wegen unzulässiger Überfütterung der gesetzlich oder tariflich zulässigen Arbeitszeit 182 Strafverfügungen erlassen. Davon entfielen allein 53 auf Gast- und Schankwirtschaften, Hotels u. dgl., sowie 26 auf Bäckereien und Konditoreien. Die verhängten Geldstrafen lagen meist bei 3 bis 20 RM., jedenfalls unter 70 RM., waren also nicht so hoch. Nur in 11 Fällen wurden Strafen zwischen 50 und 100 RM., in 16 Fällen über 100—300 RM. verhängt. Ein Arbeitgeber, der schon durch häufige Geldstrafen nicht zur Ordnung zu bringen war, erhielt allerdings eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen zugesprochen.

In den Bäckereien spielte vor allem das Nachtbrotverbot eine Rolle, dessen Durchführung noch immer mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Der Bericht stellt fest, daß nach seiner Wahrnehmung der größere Teil der Bäckereien zwischen 4 bis 5 Uhr morgens anfangt, ein geringer Teil sogar vor 4 Uhr. Die amtliche Überwachung des 5-Uhr-Brotbeginns nehme Gewerbeaufsichtsamts, Gewerpelizei und Gendarmerie seit Jahren reichlich in Anspruch, ohne daß bis jetzt ein nennenswerter Erfolg erzielt worden sei. An das Gewerbeaufsichtsamts seien zwar 151 Strafanzeigen gelangt, was bedeutet das aber gegenüber 4500 Bäckereien, die es in Baden gibt. Die Strafen erhielten in der Hauptsache die Bäckermeister auf dem Lande. Der Bericht des Gewerbeaufsichtsamts stellt mit Bedauern fest, daß einerseits die Konsumenten in ihrem Wunsch nach Frühstücksbräuten wenig Rücksicht auf die Nachtruhe der Bäcker nehmen, und andererseits die Bäckermeister nicht die Kraft aufbringen, die Wünsche der Konsumenten zurückzudrängen.

Der Bericht macht allerdings noch darauf aufmerksam, daß der Badische Bäckereiverband mit Rücksicht auf den größeren Bedarf an Backwaren an hohen Feiertagen für sämtliche Bäckereien des Landes die Genehmigung erhielt, am Tage vor Ostern und Pfingsten, am 9. August, da der Verfassungstag auf einen Montag fiel, sowie am 24. und 31. Dezember nachts um 3 Uhr mit der Arbeit beginnen zu dürfen.

### Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern

Der Bericht stellt zwar fest, daß die Zahl der gewerblich tätigen schulpflichtigen Kinder zurückgegangen ist, aber er führt doch Fälle an, die das Eingreifen des Gewerbeaufsichtsamts notwendig machten. Es wird u. a. mitgeteilt, daß es dem Gewerbeaufsichtsamts gelungen ist, die in den letzten Jahren in einigen Warenhäusern übliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder während der Weihnachtszeit mit Zutageberichten vom Verkauf zum Radfisch einzustellen und an Stelle dieser Kinder Erwerbslose unterzubringen. — Dem Milchmüller einer kleinen Stadtgemeinde mußte die Beschäftigung schulpflichtiger

Kinder vor dem Vormittagsunterricht — mit Recht — verboten werden. — Ein Kaffeehausbesitzer ließ ein 11jähriges Mädchen in seinem Lokal als Spitzentänzerin auftreten; er wurde wegen Zuwiderhandlung gegen den § 6 des Kinderbeschutzgesetzes mit einer Geldstrafe belegt. — Ebenso erfolgte Bestrafung eines Bäckers, weil er Kinder im Hausierhandel an Sonntagen beschäftigt hatte. — In einer Gemeinde wurden in größerem Umfang Kinder in der Landwirtschaft beschäftigt, und zwar von 11 Uhr vormittags bis abends 9 und 10 Uhr. Die Lehrer beschwerten sich, daß diese starke Inanspruchnahme der Kinder in der Landwirtschaft sich in ungünstiger Weise in der Schule auswirkte. Das Kinderbeschutzgesetz bot leider nicht die genügende Handhabe zum Einschreiten, so daß das Gewerbeaufsichtsamts sich an das Bezirksamt um gütliche Einwirkung zur Abhilfe wenden mußte. Es betonte hierbei ausdrücklich, es handle sich vor allem darum, die Tätigkeit der Kinder in den frühen Morgenstunden vor dem Schulbeginn zu unterbinden; die große wirtschaftliche Not, die oft zur Beschäftigung von Kindern geführt habe, lasse es durchaus gelten. — Diese Auffassung des Gewerbeaufsichtsamts muß man zustimmen.

## Kurze Nachrichten

Der Preussische Landtag nahm in zweiter Lesung den Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen und das Pfarrbefolgungsgesetz an. Die Sofortberatung eines kommunikativen Antrages auf Auflösung des Landtags scheiterte an dem Widerspruch des Hauses.

Die jährliche Sommerausbildungsreise der deutschen Flotte wird im Juli nach Norden führen.

Der französische Kammerauschuss für Seeresfragen ist in Straßburg eingetroffen und hat von dort aus eine Inspektionsreise zur Besichtigung der Grenzbefestigungsarbeiten angetreten.

Internationaler Kongreß der Prohibitoren. In Paris eröffnete Handelsminister Molin den 12. Kongreß der Internationalen Liga der Prohibitoren, bei dem 20 Nationen vertreten sind, unter ihnen Deutschland.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen in England hat sich in der Zeit vom 18. Mai bis zum 1. Juni um 123 034 Personen vermehrt. Sie beträgt jetzt 2 629 971 Personen. — Die Zunahme ist damit zu erklären, daß die Aushilfskräfte für das Pfingstfest und für die über Pfingsten beurlaubten Angestellten wieder entlassen wurden.

Stilllegung der Warschauer Verkehrsmittel. Durch einen Streik der Straßenbahner und Autobusfahrer sind am Dienstag sämtliche städtische Verkehrsmittel in Warschau stillgelegt worden. Die Streikenden verlangen Zurücknahme einer neuen Dienstordnung, die nach ihrer Meinung zu hohe Anforderungen verlangt.

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon hat heute, Mittwoch, auf der „Mauretania“ seine Europareise angetreten.

## Schwere politische Ausschreitungen

Frankfurt a. M. — Kassel — Gelsenkirchen — Hamburg Die kommunistische Agitation hat in verschiedenen deutschen Städten — auch in Baden, in Mannheim — zu sehr ersten Vorfällen geführt. Zu Zusammenstößen mit der Polizei kam es in Frankfurt a. M. und in Gochs, sowie in Gelsenkirchen und Hamburg.

In Kassel wurde die Polizei aus den Häusern mit Blumenstäben, Steinen, Biergläsern usw. bemerkt. Bei diesem Bombardement gingen zahlreiche Schaufensterscheiben in Trümmer. Gegen 11 Uhr abends wurde in der Marktstraße ein Polizeiwachtmeister aus dem Hinterhalt erschossen. In der Klosterstraße mußten Polizeibeamte, die in Bedrängnis kamen, von der Schutzwaffe Gebrauch machen. Dabei wurde ein Straßenpassant verletzt. Die Polizei schritt darauf zur systematischen Räumung des ganzen Häuserblocks und erließ den Befehl „Fenster zu, es wird geschossen!“, dem sie durch mehrere scharfe Schüsse Nachdruck verlieh, und begann dann mit der Durchsuchung der Häuser. Gegen Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt. Bis auf weiteres sind alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten.

## Die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau

### Genser Einigung

Nach schwierigen Verhandlungen, in deren Verlauf das Zustandekommen einer internationalen Konvention über die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken mehrfach in Frage gestellt war, ist am Mittwoch in Gens eine Einigung bezüglich der Braunkohlenbergwerke erzielt worden.

Angehts des Widerstandes der Arbeitergruppen gegenüber den deutschen Überstundenforderungen hatte die deutsche Regierungsdelegation einen neuen Antrag eingebracht, der materiell die von der deutschen Regierung gestellten Forderungen der Zahl nach aufrechterhält, in der Verteilung der Überstunden auf solche, die ohne weiteres, und solche, die nur auf dem Wege tariflicher Vereinbarung zulässig sind, aber den Forderungen der Arbeitergruppe entgegenkommt.

Die Abstimmung wurde auf den heutigen Donnerstag vertagt. An der Annahme dieser deutschen Anträge wird nicht gezweifelt.

## Kleine Chronik

Dem deutschen Segelflieger Groenhoff gelang bei ziemlich starkem Winde ein Segelflug vom Jungfraujoch nach Interlaken. Heute, Donnerstag früh halb 8 Uhr, ist der Schweizer Segelflieger Farner auf dem Jungfraujoch gestartet. Er kreist zur Zeit über dem Männlichen. Nach einer späteren Meldung ist Farner glücklich in Lauterbrunnen nach einer Flugdauer von einer Stunde 45 Minuten gelandet.

Die polizeilichen Erhebungen über die Ursache der Katastrophe im Münchener Glaspalast sind nunmehr abgeschlossen. Die Feststellungen sollen zu dem Ergebnis gekommen sein, daß der Brand tatsächlich auf Selbstentzündung des von den Malern verwendeten Materials zurückzuführen ist.

In der Kreisbankeinstelle Gerden bei Neulinghausen erschien am Mittwoch ein Mann, legte eine Aktentasche auf den Tisch und verlangte mit vorgehaltener Pistole von dem allein anwesenden Kassierer den Inhalt der Geldtasche. Der Kassierer handigte notgedrungen den Barbestand in Höhe von 1303,80 RM. dem Räuber aus, der sofort die Flucht ergriff.

In dem bei Weibaiwei (China) untergegangenen englischen Unterseeboot „Poseidon“ befinden sich noch 8 Mann der Besatzung. Andere Mitglieder der Besatzung sollen noch in einem anderen Abteil des gesunkenen U-Bootes eingeschlossen sein. Es ist kaum noch Hoffnung vorhanden, die eingeschlossenen lebend bergen zu können. Seit längerer Zeit erhalten die Taucher auf ihre Klopfzeichen keine Antwort mehr.



# Badischer Teil

## Landestagung des Badischen Landes- ausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Stadtverbandes der Turn- und Sportvereine Heidelberg hielt der Badische Landesauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege dort seine Landestagung ab. Die Tagung war verhältnismäßig schwach besucht. Zur Besprechung der Ortsgruppen waren ungefähr 40 Vertreter der Städte und Gemeinden sowie der verschiedenen Sport- und Jugendorganisationen erschienen. Gegen den Ministerialerlass bezüglich des spielfreien Nachmittags an den Schulen, der den bis dahin obligatorischen Spielnachmittag in einem fakultativen umwandelt, wurde lebhaft Stellung genommen und eine Entschärfung gefordert. Das Ministerium wird gebeten, die erwünschte Verfüzung über den Spielnachmittag nicht nur für Unter-, sondern auch für Mittel- und Oberklassen wieder aufzuheben, sowie das mehrtägige Wandern, wenigstens im engeren Heimatlande, wieder zu gestatten. Wie in den Vorbesprechungen zogen sich auch in der Hauptversammlung die Debatten endlos hin. Man sprach vielfach aneinander vorbei, ohne dabei viel Positives zu erreichen. Der zweite Vorsitzende des Landesauschusses, Prof. Hohenbiller, Karlsruhe, eröffnete die Sitzung, der etwa 50 Vertreter beimohten, darunter Regierungsrat Stenz vom Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts, Direktor Giesler von der Kreisverwaltung Landesturnanstalt, Amtsgerichtsrat Dr. Wolfhard, Mannheim, vom interfraktionellen Ausschuss des Badischen Landtags, die Spitzen der Heidelberger Behörden, Oberregierungsrat Direktor Brofmer, der Vorsitzende der badischen Jugendherbergen und Dr. Carl Diem, Berlin, der Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen.

Im Namen des Ministers des Kultus und Unterrichts versicherte zunächst Regierungsrat Stenz, daß dieser die Tagung mit Interesse verfolgte. Man müsse dem „Mens sana in corpore sano“ in Zukunft mehr Beachtung schenken. Amtsgerichtsrat Dr. Wolfhard erklärte, es sei erfreulich, daß in den Zeiten der Notverordnung, der politischen und konfessionellen Zerwürfnisse es noch einen gemeinsamen Boden gebe, auf dem sich alle Deutschen wieder finden könnten, eben die Leibesübungen und Jugendpflege. Es wäre ein großer Fehler gewesen, den spielfreien Nachmittag abzuschaffen. Dadurch, daß man das Turnspiel zum Wahlsach hinüberziehe, ziehe man auch die ganze Turn- und Sportbewegung hinab. Dann sprachen die Vertreter der evangelischen Landeskirche, Pfarrer Wolfinger, Karlsruhe, und Prof. Walther als Vertreter der katholischen Bewegung. Dr. Diem übermittelte die Grüße und Wünsche des Deutschen Reichsausschusses, besonders seines Vorsitzenden Dr. Lewald, Berlin. Baden sei von jeher das „Muschelherland“ auch im Sport gewesen, und er hoffe, daß die Aufhebung des spielfreien Nachmittags nur vorübergehend sei. „Fakultativ“ könne man wohl manches machen, aber niemals dürfe die Turn- und Sportbewegung an den Schulen hierin betroffen werden.

In den weiteren Beratungen wurden u. a. höhere Zuschüsse für Turnen und Sport von der Regierung gefordert. Dr. Lauer, Heidelberg, stellte eine Anfrage wegen des Verteilungsschlüssels der Zuschüsse. Hierbei erfuhr man, daß der Verteilungsschlüssel noch vom Jahre 1920 stammt und zwei Drittel des Fonds dem Landesauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege und ein Drittel der Zentralkommission für Arbeiterport und Körperkultur zufließen, was nicht mehr dem heutigen Stand der Mittelberücksichtigung entsprechen dürfte. Der § 8 des Schankstättengesetzes (Konzeptionspflicht der Vereine bei Errichtung von Schankstätten) soll künftig so gehandhabt werden, daß die Interessen der Vereine nicht geschädigt werden.

## Badischer Krankentagg in Singen

In Singen a. S. fand die 35. Landesversammlung der freien Vereinigung der badischen Krankentassen statt. Die Mitgliederversammlung leitete der Kassenvorsitzende Berthold (Pforzheim). Die vorgesehene Satzungsänderungen, die im Anschluß an die Hauptversammlung des Hauptverbandes Deutscher Krankentassen in Mainz notwendig werden, wurden gegen einen Teil der Arbeitgeber genehmigt. Die Vorstandswahl löste eine längere Aussprache aus, in der von Seiten der Arbeitgeber besonders bemängelt wurde, daß diese nur 5 von 17 Sitzen erhalten sollen. Als Tagungsort für die 36. ordentliche Landesversammlung wurde Heidelberg bestimmt.

Bei den Beratungen des 4. Badischen Krankentagess waren u. a. anwesend Direktor Giesler vom Oberversicherungsamt Konstanz, gleichzeitig als Vertreter des Ministeriums des Innern; Oberregierungsrat Seegmüller von der Landesversicherungsanstalt Karlsruhe; Dr. Ruffe als Vertreter der Vereinigung Süddeutscher Berufsgenossenschaften, Dr. Giesler als Vertreter des Bundes Badischer Arbeitgeberverbände, Landtagsabgeordneter Nüderl als Vertreter des Afa-Bundes, ferner Stadtrat Kirchhoff (Dresden) vom Hauptverband Deutscher Krankentassen und Direktor Hiegelmeier vom Verband Badischer Krankentassen.

Nach den Begrüßungsansprachen hielt der Geschäftsführer Landtagsabgeordneter Graf (Pforzheim) einen Vortrag über „Die Auswirkung der Notverordnungen in der Krankentversicherung“. Dabei bedauerte er, daß die Notverordnungen geschaffen worden seien, ohne ein sachmännliches Urteil zu hören. Medizinrat Dr. Stephani (Mannheim) berichtete über „Die Kinder- und Erholungsfürsorge in Baden“. Er hob hervor, daß Baden auf dem Gebiete der Heil- und Erholungsfürsorge für Kinder an der Spitze sämtlicher deutscher Länder stehe. Den Schlussvortrag hielt Verwaltungsdirektor Stodt (Heidelberg) über „Wesen und Zweck der Eigeninstitute der Krankentassen“. Die Bestrebungen müssen dahingehen, daß die Krankentassen die bereits bestehenden Eigeninstitute nach Möglichkeit weiter ausbauen. Darauf schloß der Vorsitzende Schwarz (Mannheim) die Tagung mit dem Wunsch, es möchte kein weiterer Abbau der Sozialfürsorge mehr stattfinden.

Die 46. Landestagung des Badischen Gastwirtsverbandes in Singen war von annähernd hundert Delegierten aus dem ganzen Lande sowie von Schweizer Gastwirten und Vertretern aus Hessen-Nassau, dem Rheinland und anderen Teilen des Reiches besucht. Die Zahl der Mitglieder beträgt rund 8670. Das Geschäftsjahr fällt in Zukunft mit dem Kalenderjahr zusammen. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Bühl (Baden) bestimmt. Ein Antrag, den Landestag nur alle 2 Jahre abzuhalten, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Mitgliederbeitrag bleibt der gleiche wie im verflochtenen Jahr.

Der 24. Landesverbandstag badischer Friseur- und Haarformier fand in Rastatt statt. Damit verbunden war eine interessante Ausstellung, bei deren Eröffnung der Handwerksmeisterpräsident Jemmann programmatische Ausführungen zur Lage des gesamten Handwerks machte. Die Rastatter Friseurinnung feierte gleichzeitig ihr 10-jähriges Bestehen. Der nächstjährige Verbandstag wird in Bühl abgehalten.

## Die Neckarfabrik des Württembergischen Landtags

Der Württembergische Landtag unternahm am Mittwoch eine Besichtigung des Neckarkanals von Heilbronn bis Heidelberg. An der Besichtigung, bei der sämtliche Fraktionen des Landtags zugegen waren, beteiligten sich auch der Staatspräsident Dr. Holz, Justizminister Dr. Beyerle, Finanzminister Dr. Dehlinger, Wirtschaftsminister Dr. Maier, zahlreiche Ministerialbeamte sowie die Vertreter der Presse. In Heilbronn wurden die Vertreter der Regierung und des Landtags in das Gebiet des Neckardurchstichs von Oberbürgermeister Beuthinger begleitet. In einem Vortrag erklärte Strombaudirektor Konz, daß die Strecke Mannheim-Heilbronn mit einer Länge von 114 Kilometern bis auf 54 Kilometer für die Großschiffahrt und die Kraftnutzung fertiggestellt sei. Nach der Besichtigung des Neckardurchstichs begaben sich die Landtagsabgeordneten mittels Sonderwagen der Reichsbahn zur württembergischen Grenze nach Gumbelheim, von wo die Fahrt mit dem Dampfer nach Heidelberg weiterging. Hier fand zum Schluß der Fahrt ein gefälliges Zusammensein in der Stadthalle statt.

## Aus der badischen Landwirtschaft

Badische Milchwirtschaft in Hannover. Auf der D.L.G.-Ausstellung in Hannover war die Badische Milchwirtschaft mit drei Sammelausstellungen für Milch, Butter und Käse vertreten. Sie hat mit gutem Erfolg abgeschlossen. Die Sammelausstellungen, die der Badische Milchereibund veranstaltete, waren wie folgt besetzt: in Milch mit 22 Proben, in Butter mit 13 Proben, und in Käse mit 17 Proben. Es konnten errungen werden in Milch ein Siegerpreis, 13 erste und zwei zweite Preise, in Butter zwei erste und zwei zweite Preise, zwei dritte Preise, in Käse ein Siegerpreis, zwei erste, zwei zweite und drei dritte Preise. Das Ergebnis ist für Baden recht gut, wenn man bedenkt, daß die Ausstellung in Hannover im ganzen mit circa 700 Milch-, 1400 Butter- und circa 850 Käseproben besetzt war. Erfreulich war die starke Beteiligung der Milchzentralen, das Ergebnis ist ein Beweis für den Wert dieser Einrichtungen.

Günstige Prognose für den Obstbau. Der Oberbauinspektor des Kreises Baden-Baden hat der Kreisversammlung einen ausführlichen und instruktiven Bericht über die Förderung des Obstbaues im Kreisgebiet vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß das Obstjahr 1930 nicht sehr günstig war. Die Ursachen dafür sind vor allen Dingen in der fehlenden Bodenfeuchtigkeit, dem ungunstigen Witterverlauf, der Vernachlässigung der Düngung und dem verstärkten Auftreten von Schädlingen zu suchen. Auch der harte Winter 1929/30 hat sich nachteilig ausgewirkt. Erfreulicherweise stellt der Bericht aber fest, daß der Stand der Bäume in diesem Jahre besser als im vergangenen ist, so daß ein gutes Ertragsnis erwartet werden darf. Mit Genugtuung stellt der Bericht fest, daß mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer im letzten Jahre in zahlreichen Gemeinden obftbauliche Neuanlagen entstanden sind. Nicht weniger als 5370 junge Bäume konnten neu angepflanzt werden. Die Anpflanzungen wurden hauptsächlich in den Orten Seebach, Kappelrodt, Hantenbach, Ottersweier, Bühl, Sinshelm, Muggensturm, Oberndorf, Rimbach, Illm, Schwarzach, Gaggenau, Michelbach, Sulzbach, Hörden und in Au im Murgtal durchgeführt.

## Tagungen

Der Badische Landesfeuerwehverband hielt unter dem Vorsitz von Branddirektor Heberle kürzlich in Bruchsal die gut besuchte Landesversammlung ab. In den Landesauschüssen wurden gewählt: Baumstark-Offenburg, Wolf-Mannheim und Schick-Neckarbischofsheim. In den Verwaltungsräten der Lokala: Scholl-Freiburg i. Br., Müller-Heidelberg, und als Stellvertreter Agricola-Adenau. In den technischen Ausschüssen als Stellvertreter Kaufmann-Baden-Baden, in den Verteilungsausschüssen Peter-Wühl und als Stellvertreter Wolf-Mannheim. Der Ausschuss ernannte einstimmig sein früheres Mitglied, Kommandant Kramer-Lahr, zum Ehrenmitglied des Landesauschusses. Den Geschäftsbericht der Gewa für 1930 erstattete Vizepräsident Doorn-Jahrnau. Danach wurden im Berichtsjahr 1443 Brände mit einem vorläufigen Gesamtschaden von 7,2 Millionen Reichsmark gezählt. Der Stand der motorischen Feuerlöschgeräte betrug insgesamt 2224. Schließlich wurde noch neben anderen Punkten die Auffassung des Programms für den 30. Landesfeuerwehrtag in Mannheim behandelt, der bekanntlich vom 4. bis 7. September in Mannheim stattfindet. Weiter wurde noch über den Deutschen Feuerwehrtag 1932 in Karlsruhe und seine Vorbereitungen beraten.

Tagung der badischen Gemeindefürsorge. In Balingen, am Sitz des Badischen Badbeseitigerverbandes, wurde die Tagung der badischen Gemeindefürsorge unter Leitung des Vorsitzenden, Oberforstrat Krutina, Heidelberg, abgehalten. Verbandsdirektor Weiler, Karlsruhe, sprach über die durch die neue Notverordnung geschaffene Lage und forderte die Herabsetzung der vier Schlichtungsausschüsse in Baden auf einen. Es wurde eine Entschärfung angenommen, die zu dem Antrag der Zentrumsfraktion des Badischen Landtags Stellung nimmt. Es wird betont, daß gerade die badischen Gemeindefürsorgebeamten nach übereinstimmendem Urteil der maßgebenden Behörden und insbesondere der Forstbeamten des badischen Finanzministeriums sowohl in bezug auf Vorbildung als auch auf Leistung und Verantwortung den Forstbeamten im Staatsdienst ebenbürtig zu erachten seien, und daß sie trotz dieses Umstandes nur in ganz vereinzelten Fällen die Bezüge dieser Kollegen vom Staat erhalten. Die Hauptversammlung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Angleichung der Bezüge der Gemeindefürsorgebeamten an diejenigen ihrer Kollegen vom Staat alsbald erfolgt und daß hierwegen eine gesetzliche Regelung durch die Gleichstellung der Gemeindefürsorge mit den Staatsbeamten herbeigeführt werde. Weiterhin verbreitete sich Oberforstrat Geyer, Balingen, über die Bodenbeschaffenheit des Waldes auf dem Schwarzwald unter besonderer Berücksichtigung des Sandsteinbodens.

Der Badische Blindenverein (Sitz Freiburg) hielt in Mannheim seine Mitgliederversammlung ab. Es hatten sich etwa 150 Mitglieder aus allen Teilen des Landes eingefunden, denen Landeskommissar Schwörer (Freiburg) als Vorsitzender des Vereins herzliche Willkommensgrüße aus sprach. Namens des Staatsministeriums begrüßte Landeskommissar Dr. Scheffelmeier (Mannheim) die Versammlung. — In dem vom Geschäftsführer Kanold erstatteten Geschäftsbericht kam zum Ausdruck, daß es für Blinde zur Zeit nahezu ausgeschlossen sei, Arbeitsplätze zu finden, und daß sie mehr und mehr in die öffentliche Fürsorge gedrängt würden. Damit sei der Anlaß gegeben, zu der Forderung auf öffentliche Blindenvereine. Gegenwärtig wird man sich jedoch im Hinblick auf den Stand der Reichsfinanzien auf die Vermeidung der bisherigen Vergünstigungen beschränken müssen. Die Zahl der blinden Mitglieder hat sich um 85 vermehrt, heute sind der badischen Organisation über 900 Blinde angeschlossen. Die Zahl der unterstützenden Mitglieder weist allerdings einen bedauerlichen Rückgang auf. In der Aussprache wurde das schwindende Verhalten von gewissen Dauerspizern geäußert, die fälschlich vorgeben, Blindenware verkaufen zu wollen.

## Gemeinderundschau

Eine Schurman-Straße in Heidelberg. Wie der Heidelberger Oberbürgermeister bei der Feier in der Neuen Univerfität am Dienstag mitteilte, wird eine Straße in Zukunft den Namen „Schurman-Straße“ erhalten. Es wird dies der Teil der unteren Neckarstraße sein, der sich von der Friedriehsbrücke zur Ernst-Walz-Brücke an der Rückseite der Kliniken und am Thiermalbad hinzieht.

Kreisversammlung Baden-Baden. Der Kreisvoranschlag wurde gegen Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen, und zwar mit der Maßgabe, daß vom Grundvermögen 26,5 Prozent und vom Gewerbebetrieb 25,5 Prozent der in § 58a des Grund- und Gewerbesteuerergesetzes festgelegten Steuergrundbeträge erhoben werden, also von 100 RM. des Grundvermögens 11 Pf., von 100 RM. des Gewerbevermögens 4,5 Pf., von 100 RM. des Gewerbeertrags 7,5 Pf. Ferner genehmigte die Kreisversammlung zusammen mit dem Voranschlag den Voranschlag der Kreispflegeanstalt Sub.

Die Kreisversammlung Offenburg genehmigte alle Anträge des Kreisrats, die in der Hauptsache Straßenverbesserungen betrafen. Der Voranschlag wurde von allen Parteien gutgeheißen. Die Vorauszahlungen auf die 1931er Kreissteuer wurden auf 22,5 Hundertteile der gesetzlichen Steuergrundbeträge festgesetzt und der Kreisrat ermächtigt, die endgültige Steuer festzusetzen.

Der Bürgerausschuss Neustadt i. Schw. nahm nach fast vierstündiger Beratung den Gemeindevoranschlag für 1931/32 mit 44 gegen 12 Stimmen an, nachdem die parteilose Wirtschaftsbereinigung erklärt hatte, mit nein zu stimmen, da der Voranschlag Positionen enthalte (Ausbau der Hindenburgstraße), die der schweren Notzeit nicht entsprächen. Ferner hatte diese Gruppe den Antrag eingebracht, es solle im Anschluß an die neue Verordnung geprüft werden, wo weitere Einsparungen möglich seien. Der Gemeinderat wird den Antrag prüfen. Der ungedeckte Aufwand der Stadt in Höhe von 149 000 RM. wird neben der Bürger- und Biersteuer mit 30 000 RM. durch einen Steuerfuß von 69 Pf. vom Grundvermögen, 26 Pf. vom Betriebsvermögen und 498 Pf. vom Gewerbeertrag ausgeglichen werden. Die Gesamtausgaben der Gemeinde betragen voranschlagsmäßig 797 350 RM., die Einnahmen 648 350 Reichsmark.

Der Bürgerausschuss Neustadt i. Schw. nahm nach fast vierstündiger Beratung den Gemeindevoranschlag für 1931/32 mit 44 gegen 12 Stimmen an, nachdem die parteilose Wirtschaftsbereinigung erklärt hatte, mit nein zu stimmen, da der Voranschlag Positionen enthalte (Ausbau der Hindenburgstraße), die der schweren Notzeit nicht entsprächen. Ferner hatte diese Gruppe den Antrag eingebracht, es solle im Anschluß an die neue Verordnung geprüft werden, wo weitere Einsparungen möglich seien. Der Gemeinderat wird den Antrag prüfen. Der ungedeckte Aufwand der Stadt in Höhe von 149 000 RM. wird neben der Bürger- und Biersteuer mit 30 000 RM. durch einen Steuerfuß von 69 Pf. vom Grundvermögen, 26 Pf. vom Betriebsvermögen und 498 Pf. vom Gewerbeertrag ausgeglichen werden. Die Gesamtausgaben der Gemeinde betragen voranschlagsmäßig 797 350 RM., die Einnahmen 648 350 Reichsmark.

Der Bürgerausschuss Neustadt i. Schw. nahm nach fast vierstündiger Beratung den Gemeindevoranschlag für 1931/32 mit 44 gegen 12 Stimmen an, nachdem die parteilose Wirtschaftsbereinigung erklärt hatte, mit nein zu stimmen, da der Voranschlag Positionen enthalte (Ausbau der Hindenburgstraße), die der schweren Notzeit nicht entsprächen. Ferner hatte diese Gruppe den Antrag eingebracht, es solle im Anschluß an die neue Verordnung geprüft werden, wo weitere Einsparungen möglich seien. Der Gemeinderat wird den Antrag prüfen. Der ungedeckte Aufwand der Stadt in Höhe von 149 000 RM. wird neben der Bürger- und Biersteuer mit 30 000 RM. durch einen Steuerfuß von 69 Pf. vom Grundvermögen, 26 Pf. vom Betriebsvermögen und 498 Pf. vom Gewerbeertrag ausgeglichen werden. Die Gesamtausgaben der Gemeinde betragen voranschlagsmäßig 797 350 RM., die Einnahmen 648 350 Reichsmark.

Der Bürgerausschuss Neustadt i. Schw. nahm nach fast vierstündiger Beratung den Gemeindevoranschlag für 1931/32 mit 44 gegen 12 Stimmen an, nachdem die parteilose Wirtschaftsbereinigung erklärt hatte, mit nein zu stimmen, da der Voranschlag Positionen enthalte (Ausbau der Hindenburgstraße), die der schweren Notzeit nicht entsprächen. Ferner hatte diese Gruppe den Antrag eingebracht, es solle im Anschluß an die neue Verordnung geprüft werden, wo weitere Einsparungen möglich seien. Der Gemeinderat wird den Antrag prüfen. Der ungedeckte Aufwand der Stadt in Höhe von 149 000 RM. wird neben der Bürger- und Biersteuer mit 30 000 RM. durch einen Steuerfuß von 69 Pf. vom Grundvermögen, 26 Pf. vom Betriebsvermögen und 498 Pf. vom Gewerbeertrag ausgeglichen werden. Die Gesamtausgaben der Gemeinde betragen voranschlagsmäßig 797 350 RM., die Einnahmen 648 350 Reichsmark.

Der Bürgerausschuss Neustadt i. Schw. nahm nach fast vierstündiger Beratung den Gemeindevoranschlag für 1931/32 mit 44 gegen 12 Stimmen an, nachdem die parteilose Wirtschaftsbereinigung erklärt hatte, mit nein zu stimmen, da der Voranschlag Positionen enthalte (Ausbau der Hindenburgstraße), die der schweren Notzeit nicht entsprächen. Ferner hatte diese Gruppe den Antrag eingebracht, es solle im Anschluß an die neue Verordnung geprüft werden, wo weitere Einsparungen möglich seien. Der Gemeinderat wird den Antrag prüfen. Der ungedeckte Aufwand der Stadt in Höhe von 149 000 RM. wird neben der Bürger- und Biersteuer mit 30 000 RM. durch einen Steuerfuß von 69 Pf. vom Grundvermögen, 26 Pf. vom Betriebsvermögen und 498 Pf. vom Gewerbeertrag ausgeglichen werden. Die Gesamtausgaben der Gemeinde betragen voranschlagsmäßig 797 350 RM., die Einnahmen 648 350 Reichsmark.

## Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	11. Juni		10. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.35	169.69	169.31	169.65
Kopenhagen 100 Kr.	112.71	112.93	112.71	112.93
London . . . 100 £.	22.04	22.08	22.04	22.08
Paris . . . 100 Fr.	20.475	20.515	20.473	20.513
New-York . . 1 D.	4.209	4.217	4.2065	4.2145
Schweiz . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.459	16.499
Schweden . . 100 Kr.	81.72	81.88	81.68	81.84
Wien 100 Schilling	59.185	59.305	59.17	59.29
Bien . . . 100 Kr.	12.471	12.493	12.47	12.49

Die Oberheinische Eisenbahn-Gesellschaft AG, Mannheim, berichtet, daß die Betriebsergebnisse durch die allgemeine wirtschaftliche Lage, insbesondere aber durch die in ihrem Interessengebiet herrschende starke Arbeitslosigkeit, außerordentlich ungünstig beeinflusst wurden. Trotz Aufnahme des elektrischen Betriebes auf der Strecke Mannheim-Heidelberg war die Gesamtzahl der beförderten Personen nur wenig höher als im Vorjahre. Auch der Güterverkehr ging zurück. Trotz starker Drosselung der Ausgaben und Abbau von Beamten und Arbeitern, sowie Arbeitszeitföhrung bleibt ein Betriebsverlust von 308 543 RM., der von der Stadt Mannheim der D.E.G. ersetzt wird.

Schleppschiffahrt auf dem Neckar AG. Die Transporte nach Heilbronn erhöhten sich gegenüber 1929 um rund 75 Proz. Der Reingewinn beträgt 8248 RM. (i. V. Verlust 11 305 RM.).

Wieslocher Tonwarenindustrie AG. Die Gesellschaft, deren Aktien nach der Sanierung durch Kapitalzusammenlegung 10 : 7 nicht mehr amtlich notiert werden, soll, wie dem „Heidelb. Tagebl.“ zufolge verlautet, für 1930 die Dividendenzahlung wieder aufnehmen. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit mitgeteilt, daß der Betrieb wieder voll im Gange sei.

Die Badenia AG, Karlsruhe, in deren Verlag der „Bad. Beobachter“ erscheint, erzielte im vergangenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 15 186 RM. gegen 38 510 RM. im Vorjahr, einschließlich 781 RM. Vortrag. Es werden hieraus 6 Proz. Dividende verteilt (10 Proz. im Vorjahr) und 3186 Reichsmark neu vorgetragen. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt 1 746 848 RM. Einnahmen aus Druckerei und Verlag gegen 1 653 790 RM. im Vorjahr. Dazu kommen 18 351 Reichsmark Zinsen und Zinsen. Andererseits erforderte der erhöhte Umsatz einen von 345 918 auf 427 256 RM. gesteigerten Materialverbrauch, während die sonstigen Kosten mit 1 229 153 RM. etwa auf Vorjahreshöhe gehalten werden konnten. Abschreibungen wurden in Höhe von 94 885 RM. (i. V. 59 257 RM.) vorgenommen. Bei 200 000 RM. Aktienkapital betragen die Reserven 160 000 RM. Bilanz und Gewinnverteilung wurden in der Generalversammlung genehmigt.

Weberei Fahrnaun und Langenau AG. Die Weberei Fahrnaun und Langenau AG., Fahrnaun (Baden) weist einen Fabrikationsverlust von 35 865 RM. auf, der sich durch 51 280 RM. Abschreibungen auf 87 145 RM. erhöht.



### Aus der Landesbauhauptstadt

Zur Bereicherung der goldenen Staatsmedaille an den früheren amerikanischen Gesandten Dr. Schurman wird mitgeteilt, daß die Medaille durch den Bildhauer Gehalt und die Urkunde durch Professor Schnarrenberger an der Karlsruher Kunstschule ausgefertigt wurden. Die Arbeiten der beiden Künstler haben allgemeinen Beifall gefunden.

**Journalistenjubiläum.** Am Mittwoch bliede Redakteur Ernst Thomann auf eine 30jährige ununterbrochene Tätigkeit im Dienste des Wolffschen Telegraphenbüros zurück. Aus diesem Anlaß sind ihm von Kollegen- und Freundeskreisen zahlreiche Glückwünsche zugegangen, denen auch wir uns freudig und gerne anschließen. Welches Ansehen der Jubilar allenthalben genießt, hat die Öffentlichkeit erst im vorigen Jahre erfahren, als er anlässlich seines 30jährigen Journalistenjubiläums als Parlamentsjournalist in öffentlicher Sitzung des Bad. Landtages durch Präsident Duffner beglückwünscht wurde. Damals kam bereits zum Ausdruck, welche Verdienste sich der Jubilar um die erprobte Zusammenarbeit zwischen Parlament und Presse in Baden erworben hat. Heute darf ergänzend gesagt werden, daß Thomann auch auf den anderen Gebieten der Berichterstattung stets mit Erfolg, Geschick und Takt gewirkt hat, die der Lauterkeit seiner menschlichen Eigenschaften und der Zuverlässigkeit seines Wesens in allen Dingen entspringen. Möge ihm seine unermüdete Schaffenskraft im Dienste zum Wohl der badischen Öffentlichkeit noch viele Jahre erhalten bleiben.

**Badisches Landestheater.** Mit dem „Ständchen bei Nacht“, das am Samstag, dem 13. Juni, unter Spielleitung von Fritz Herz zur Erstaufführung kommt, und dessen Verfasser, Leo Benz, unserm Theaterpublikum in vornehmster Erinnerung sein dürfte („Frauenkammer“, „Heimliche Brautwerbung“ u. a.), wird ein heiteres, unbeschwertes Unterhaltungsspiel geboten, das für ein paar Abendstunden kurzweiligen Zeitvertriebs verschaffen möchte und gerade darum gewiß vielen willkommen sein wird. Unser erprobtes Lustspielensemble, diesmal vertreten durch die Damen Bertram, Ermarth, Frauendorfer, Mademacher und die Herren Höder, Moebius, Müller, Rehner, Brüter, und Schulz, ist mit der Darstellung des bereits an zahlreichen Bühnen erfolgreich gewesenen Stücks betraut.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe** vom Donnerstag morgen: Das Wetter ist gestern vorübergehend besser geworden. Zu Gewitterregen kam es nur im Südschwarzwald stellenweise. Die Temperaturen sind wieder kräftig gestiegen und erreichten in der Ebene 27 Grad. Vom Ozean wird jedoch mit westlichen Winden erneut kühlere Luft in unser Gebiet vordringen, so daß das Wetter nicht beständig bleiben wird. — Voraussage für Freitag: Bei aufsteigenden westlichen Winden etwas kühler, aber noch schwül, zeitweise wolfig, strichweise Gewitterregen.

**Wasserstände:** Waldshut 376 plus 1, Basel 198 unv., Schutterinsel 252 minus 3, Rehl 388 minus 2, Marau 581 minus 4, Mannheim 509 plus 7, Caub über 200 Zentimeter.

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Kommunistische Unruhen in Mannheim

Zu äußerst schweren und tumultuarigen Demonstrationen sowie heftigen Zusammenstößen mit der Polizei kam es am Mittwochabend im Zentrum Mannheims. Im Anschluß an eine Versammlung gegen die Notverordnung machten die Kommunisten Versuche, Demonstrationen zu bilden, gegen die die Polizei mit dem Gummiknüppel einschreiten mußte. In den späten Abendstunden gingen dann die Demonstrationen zur Verbarrikadierung über, indem sie in den J- und H-Quadranten an verschiedenen Stellen das Straßennetz aufzissen. Aus Pfastersteinen und Müllkästen errichteten die kommunistischen Demonstranten Barrikaden, hinter denen auf die einschreitende Polizei Schüsse abgegeben wurden. Zwischen der Dreien Straße und dem Jungbusch wurden die Gaslaternen systematisch zerstört. Wirtschaften und Bäden haben ihre Fenster geschlossen. Die Polizei gab wiederholt Schreckschüsse in den Straßen ab, um die Demonstranten zurückzubringen. Gegen 2 Uhr nachts war die Ruhe wieder vollkommen hergestellt. Am heutigen Vormittag herrscht Ruhe. Ein starkes Polizeiaufgebot patrouilliert aber durch die Stadt, um neue Demonstrationenveruche im Keime zu ersticken.

#### Neue Unwetterstürme

Von einem schweren Unwetter wurde Dienstag nachmittag Mittelbaden heimgesucht, namentlich die Bühler Gegend. In Bühl und anderen Orten wurden Straßen und Keller überschwemmt. In der Gärtnerei Garbroden wurden die Kessenkulturen zerstört. Man beziffert den Schaden auf etwa 50 000 Reichsmark. In den Feldern und Gärten der Umgegend sieht es trostlos aus, nicht minder im Nebelgelande. So wird aus Eßental berichtet, daß die Reben der dortigen Gemarkung durch Hagelschlag zur Hälfte vernichtet seien. Die Orte der Umgegend melden gleichfalls ansehnlichen Schaden an Feldfrüchten, Reben, Straßen und Wegen. Ähnliches wird aus der Rehler Gegend gemeldet, wo besonders Lidtenau betroffen wurde.

Obd. Mannheim, 11. Juni. Der Inhaber des Zigarrengeschäfts A. Strauß, Ernst Dreher, hat sich am Mittwoch vormittag in seiner Wohnung erschossen. Der Lebensmüde war eine in weiten Bevölkerungskreisen bekannte Persönlichkeit. So spielte er im Zigarreneinzelhandel eine führende Rolle und gehörte dem Vorstand der Mannheimer Karnevals-Gesellschaft „Furcio“ an. Auch in der Mannheimer Sportbewegung war er an hervorragender Stelle tätig. Dreher, der im 42. Lebensjahre steht, dürfte in einem Anfall von Schwermut Hand an sich gelegt haben.

Obd. Heidelberg, 11. Juni. Wie aus Washington berichtet wird, wurde die Heidelberger Universitätsfeier als Sonderveranstaltung durch Funkpruch verbreitet. Die Ansprachen waren klar verständlich; auch die Gesangsbeiträge wurden ziemlich gut übermittelt. Sogar Präsident Hoover hörte sich die Übertragung an. Auch viele alte Heidelberger befanden sich unter den Hörern.

Obd. Philippsburg, 10. Juni. Der gegenwärtige hohe Wasserstand des Rheins hat in der ganzen Rheinniederung bei Germersheim große Überschwemmungen verursacht. Ausgedehnte Waldflächen und zahlreiche Felder stehen unter Wasser.

Obd. Unterwiesheim (Amt Bruchsal), 10. Juni. Der durch die Unwetterkatastrophe vom 9. Mai verursachte Gesamtschaden ist auf 650 000 M geschätzt worden. — Im benachbarten Oberwiesheim ging gestern nachmittag bei den feilen Gewittern zum drittenmal in einigen Wochen ein Unwetter nieder, das an den Weinbergen und Feldern abermals großen Schaden anrichtete.

### Spar-Gelder zusetzen

heißt, trotz Gehalts- und Lohnabbau in einer teuren Wohnung in der Stadt wohnen bleiben!

### Spar-Gelder sicherstellen

und in monatlichen Tilgungsraten ein Vermögen ersparen erfordert Ihren Entschluß ein einfaches aber gediegenes

**Eigenheim mit großem Garten als Existenzrückhalt** im Schaffergeld zu erwerben.

### Aufklärungs - Vortrag

findet am Freitag, den 12. Juni 1931, abends 8 Uhr, im Passage-Restaurant Löwenrachen statt, wozu wir einladen

**Schaffergilde e. G. m. b. H., Karlsruhe.**



### Oeffentliche Sparkasse Forberg

Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen	Schulden
Kasse . . . . . 4 962,30	Spareinlagen . . . . . 573 552,50
Postgeldguthaben . . . . . 2 969,58	Aufwertungseinlagen . . . . . 172 369,—
Guthaben bei Landesbank . . . . . 77 530,48	Giroeinlagen . . . . . 52 576,14
Kontoforrentkredite . . . . . 131 629,80	Kontoforrenteinlagen . . . . . 19 381,90
Hypothekendarlehen . . . . . 153 197,25	Anlehenskapitalien . . . . . 33 360,—
Darlehen an Gemeinden . . . . . 129 208,90	Gesell. Reservefonds . . . . . 40 938,25
Grundstücksaufgelde . . . . . 5 151,20	Sonderrücklage . . . . . 23 640,24
Schuldscheindarlehen . . . . . 166 710,12	Reingewinn . . . . . 15 359,76
Sonderkredite . . . . . 70 898,40	
Discontofont. Überziehungen . . . . . 5 236,70	
Betriebskapital b. Verband . . . . . 14 100,—	
Aufwertungsfordernngen . . . . . 42 428,76	
Aufwertungsabrechnungsfonto . . . . . 127 152,30	
Gebäude . . . . . 1,—	
Einrichtung . . . . . 1,—	
<b>931 177,79</b>	<b>931 177,79</b>

#### Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus 817 877,54 RM . . . . . = 40 894,— RM  
 Sie beträgt Ende 1930 . . . . . = 40 938,25 RM  
 Somit mehr . . . . . 44,25 RM

Forberg, den 6. Juni 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Wiffinger, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Bod.

### Bürgermeisters

#### der Stadtgemeinde Eberbach (Baden)

ist alsbald neu zu besetzen. Die Wahl erfolgt durch den Bürgerausschuß auf 9 Jahre. Die Regelung der Gehaltsbezüge und Anstellungsbedingungen bleiben besonderer Vereinbarung vorbehalten.

In Betracht kommt nur eine Persönlichkeit, die die für das Amt erforderlichen rechtlichen und wirtschaftlichen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen nachweisen kann.

Bewerbungen mit Angaben über Lebenslauf, bisherige Tätigkeit, Gehaltsansprüche usw. und beglaubigten Abschriften von Zeugnissen sind bis 27. Juni 1931 an den Unterzeichneten zu richten. Persönliche Vorstellung vor Aufforderung ist nicht erwünscht.

Eberbach, den 9. Juni 1931.

Der Bürgermeister: Dr. Franl.

### Rheinregulierung Rehl-Itlein Verdingung.

Die Lieferung von  
 a) 75 000 qm quadrat. Eisen-  
 drahtgestecht von 3,8 mm  
 Stärke,  
 b) 20 000 kg eisernen Binde-  
 draht von 3,8 mm Stärke  
 soll ganz oder in einzelnen  
 Losen öffentlich vergeben  
 werden.

Ablieferungsorte: Bahnhöfe Rehl a. Rh., Kreis-  
 ach und Neuenburg a. Rh.  
 Bedingungenunterlagen  
 können bei der Kanzlei der  
 Bad. Wasser- und Straßen-  
 baudirektion Karlsruhe,  
 Karl-Friedrich-Str. Nr. 13,  
 eingesehen oder, soweit der  
 Vorrat reicht, gegen post-  
 freie Einsendung von 3 RM

in bar von derselben be-  
 geben werden.

Verzinslose, mit ent-  
 sprechender Aufschrift be-  
 zehene Angebote sind bis  
 zum Eröffnungsstermin, dem  
 30. Juni 1931, um 11 Uhr,  
 bei der Registratur der un-  
 terzeichneten Behörde ein-  
 zureichen. RM 510  
 Zuschlagsfrist: 2 Wochen.  
 Karlsruhe, 9. Juni 1931.

Badische Wasser- und  
 Straßenbaudirektion.

N. 848. Karlsruhe. Im  
 Konkursverfahren über das  
 Vermögen der Firma Herr-  
 mann & Co., Inhaber Fritz  
 Schilling, Wäschspezial-  
 geschäft in Karlsruhe, Zir-  
 fel 33, ist Termin zur  
 Verhandlung über den vom  
 Gemeinschuldner gemachten  
 Zwangsvergleichsvorschlag  
 und zur Prüfung der nach-  
 träglich angemeldeten For-  
 derungen bestimmt auf:  
 Montag, den 22. Juni 1931,  
 vormittags 11 1/2 Uhr, vor  
 dem Amtsgericht A 3,  
 Karlsruhe, Akademiestr. 8,  
 3. Stock, Zimmer Nr. 246.  
 Der Vergleichsvorschlag und  
 die Erklärung des Gläubiger-  
 ausschusses sind auf der  
 Geschäftsstelle zur Ansicht  
 der Beteiligten niedergelegt.  
 Karlsruhe, den 8. Juni 1931.  
 Geschäftsstelle des Amts-  
 gerichtes A 3.



### Badisches Landestheater

Freitag, den 12. Juni 1931  
 \* F 28. (Freitagmiete)  
 Th.-Gem. 901—1000

#### Don Juan

Bantoniinische Ballett  
 von Gluck  
 Dirigent: Strips  
 Regie: Fürstenau  
 Mitwirkende:  
 Ladner, Fürstenau,  
 Gospach, Michutta, Brüter

#### Hierauf

#### Gianni Schicchi

Dirigent: Schwarz  
 Regie: Pruscha  
 Mitwirkende:  
 Blank, Haberlorn, Sei-  
 berlich, Winter, Kurr, Falke,  
 J. Gröbinger, Gospach,  
 Raibach, Kiefer, Böser,  
 Schoepflin, Schuster, Meher,  
 Lindemann

Anfang 20 Ende 22  
 Preise C (1—7 RM)

Sa. 13. 6. Zum ersten-  
 mal: Ständchen bei Nacht.  
 So. 14. 6. Nachmittags:  
 Der Hauptmann von Kö-  
 penick. Abends: Viktoria  
 und ihr Husar. Im Kon-  
 zerts.: Keine Vorstellung.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

### Städt. (öffentl.) Spar- u. Pfandleihkasse Karlsruhe

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	Verbindlichkeiten
1. Kassenbestand . . . . . 114 409,50	1. Spareinlagen . . . . . 39 475 589,79
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt . . . . . 1 821 374,98	2. Aufwertungs-spareinlagen (Erinnerungswert) . . . . . 1,—
3. Wertpapiere . . . . . 2 114 335,50	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen . . . . . 7 389 122,63
4. Wechsel . . . . . 146 429,89	4. Sonstige Einlagen . . . . . 23 319,64
5. Darlehen a. Hypotheken 32 207 023,49	5. Anlehens- und andere Schulden:
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private 6 172 939,91	Erinnerungs-wert . . . . . 1,—
7. Darlehen a. Schuldschein 2 236 863,—	Baraufwer-tungsfonds 1 364 498,68
8. Darlehen a. Gemeinden 4 291 590,—	1 364 499,68
9. Aufwertungsfordernngen (Erinnerungswert) . . . . . 4,—	6. Ausgabe-rückstände . . . . . 502 533,24
10. Einnahmerückstände . . . . . 103 328,64	7. Rücklagen:
11. Grundstücke und Ge-bäude . . . . . 55 001,—	a) gesetzl. Re-servefonds 332 964,34
12. Gerätschaften . . . . . 1,—	b) Sonder-rücklage . . . . . 332 964,34
	8. Reingewinn b. Jahre 1930 175 270,66
<b>49 263 300,91</b>	<b>49 263 300,91</b>

#### Berechnung der Rücklage:

Die satzungsgemäße Rücklage hat zu betragen:

8% aus 46 888 032,99 RM Einlagen . . . = 3 751 042,63 RM  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . = 508 235,— RM  
 Somit weniger . . . . . 3 242 807,63 RM

Karlsruhe, den 19. Mai 1931.

R.505

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Dr. Kleinschmidt, Bürgermeister.  
 Der Leiter der Kasse: Dr. Freyburger, Direktor.

### Bezirksparkasse Triberg

(Oeffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	Verbindlichkeiten
1. Kassenbestand . . . . . 10 106,25	1. Spareinlagen . . . . . 2 377 622,85
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt . . . . . 177 697,60	2. Aufwertungs-spareinlagen . . . . . 824 967,72
3. Wertpapiere . . . . . 101 327,45	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen . . . . . 208 697,11
4. Wechsel . . . . . 51 162,31	4. Stückzinsen . . . . . 384,—
5. Darlehen a. Hypotheken 1 359 492,54	5. Ausgabe-rückstände . . . . . 1 170,63
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private 390 444,39	6. Rücklagen (gesetzl. Re-servefonds) . . . . . 147 733,06
7. Grundstücksaufgelde . . . . . 19 000,—	7. Reingewinn per 1930 . . . . . 42 563,26
8. Darlehen a. Schuldschein 125 354,10	
9. Darlehen an Gemein-den und Körper-schaften 536 963,70	
10. Aufwertungs-fordernngen . . . . . 676 637,23	
11. Einnahmerückstände . . . . . 64 212,21	
12. Grundstücke u. Gebäude 20 000,—	
13. Gerätschaften . . . . . 1,—	
14. Einlage bei Sparkassen und Giroverband . . . . . 56 800,—	
15. Aufwertungs-fehlbetrag 13 939,85	
<b>3 603 138,63</b>	<b>3 603 138,63</b>

#### Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 2 586 319,96 RM Einlagen . . . = 206 905,60 RM  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 190 296,32 RM  
 Somit weniger . . . . . 16 609,28 RM

Triberg, den 20. April 1931.

R.508

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Reil.  
 Der Geschäftsleiter: Leibinger.